

Dokumentation

RENN.west ARENA 2017

Westfalenhallen Dortmund | 7. September 2017

Zielmarke 2030 –

Mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie jetzt die richtigen Weichen stellen



Die Veranstaltung

Bei der Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie baut die Bundesregierung auf das Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte und betont, dass Nachhaltigkeit nur als Gemeinschaftswerk gelingen kann.

Auf der ersten Jahrestagung der Regionalen Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West (RENN.west) wurde länderübergreifend mit Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft die Chancen und Herausforderungen der akteurs- und themenübergreifenden Zusammenarbeit für den nun anstehenden Umsetzungsprozess der Strategie diskutiert. Ebenso wurden konkrete Ideen zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie erörtert. Die ausgewählten *bRENNpunkte* Bildung, Fläche, Konsum & Produktion sowie Mobilität standen im Fokus der Diskussion.

Mehr als 170 Nachhaltigkeitsakteure aus Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland folgten der Einladung zur Tagung, beteiligten sich am Austausch und brachten ihre Meinungen und Erfahrungen ein. Diese Dokumentation skizziert die zentralen Fragestellungen, Diskussionen und Ergebnisse der Veranstaltung.

Inhalte

Programm	2
Auftakt, Begrüßung und Einführung	3
Keynote	4
Podium	6
<i>bRENNpunkt</i> Bildung	11
<i>bRENNpunkt</i> Fläche	17
<i>bRENNpunkt</i> Konsum & Produktion	22
<i>bRENNpunkt</i> Mobilität	26
Zusammenfassung & Ausblick	33

Programm

Donnerstag, 7. September 2017

- 10.00 Uhr *Auftakt:* **MARIAN HEUSER**, Slam Poet
- 10.10 Uhr *Begrüßung und Einführung:*
ULLRICH SIERAU, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund
JÜRGEN HEIN, Abteilungsleiter für Europaangelegenheiten und Internationales in der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
DR. KLAUS REUTER, Geschäftsführer der LAG 21 NRW
- 10.40 Uhr *Keynote:*
„Die Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und ihr Potential zur Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland“
DR. IMME SCHOLZ, stellv. Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) und Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE)
- 11.00 Uhr *Podiumsgespräch:*
„Die Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie als Gemeinschaftswerk - Wie gelingt die Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte?“
STEFAN DIERKS, Head of Product and Strategy, Corporate Responsibility, Tchibo GmbH
VIKTOR HAASE, Abteilungsleiter im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
ULRIKE SCHELL, Mitglied der Geschäftsleitung, Verbraucherzentrale NRW e.V.
DR. IMME SCHOLZ, stellv. Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE)
VALENTIN THURN, Dokumentarfilmer, Journalist und Autor
- 12.00 Uhr *Mittagessen*
- 13.00 Uhr Vorstellung des Regionalen Netzwerkes Nachhaltigkeitsstrategien West (RENN.west)
DR. KLAUS REUTER, Geschäftsführer der LAG 21 NRW
- 13.20 Uhr *bRENNpunkte* zu inhaltlichen Fragestellungen bezüglich der Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie
- *bRENNpunkt: Mobilität*
 - *bRENNpunkt: Konsum & Produktion*
 - *bRENNpunkt: Fläche*
 - *bRENNpunkt: Bildung*
- 15.30 Uhr Kaffeepause
- 16.00 Uhr *Zusammenfassen der Arbeitsergebnisse aus den Workshops & Abschluss*

Auftakt, Begrüßung und Einführung

MARIAN HEUSER, Slam Poet



Marian Heuser, Slam Poet aus Münster, begrüßt die Teilnehmenden mit harten Fakten, die wachrütteln: So sei es zwar bemerkenswert, dass der „Earth Overshoot Day – der Welterschöpfungstag“ nun seit 30 Jahren „gefeiert“ würde, beängstigend sei es jedoch, dass sich der Tag, „an dem wir global betrachtet auf Felge fahren“ mittlerweile auf einen Termin im Sommer verschoben habe. Weiter reflektiert er: „Wachstum ist zu einem gewissen Grad normal, wenn man beispielsweise den menschlichen Körper betrachtet“. Ob jedoch das derzeit vorherrschende „Produzieren – Kaufen – Wegwerfen“ in Dauerschleife, der richtige Weg für unsere Gesellschaft sei, stellt er in Frage. Sein Fazit fällt

nüchtern aus: Die Menschen wollen Abenteuer, alles verfügbar zu jeder Zeit. Schade nur, dass sie eines nicht wollen – Verantwortung.

ULLRICH SIERAU, Oberbürgermeister der Stadt Dortmund



Nach dem kulturellen Auftakt der Veranstaltung durch Marian Heuser begrüßt Oberbürgermeister Ullrich Sierau die Teilnehmenden und eröffnet damit die 1. Jahrestagung von RENN.west sowie die Messe FAIR FRIENDS.

Oberbürgermeister Ullrich Sierau richtet sein Grußwort an die rund 170 Teilnehmenden, die aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen und dem Saarland zusammengekommen sind. Er sei stolz, dass die Stadt Dortmund Mitinitiator der Messe FAIR FRIENDS ist und freue sich über die Weiterentwicklung des Formates sowie über die stetig steigende Zahl der Aussteller*innen und Besucher*innen. Das Thema sei schließlich mit der Stadt Dortmund in besonderem Maße verbunden, und zwar nicht erst seit dem Dortmund erstmalig 2003 als Hauptstadt des Fairen Handels ausgezeichnet worden ist.

Anknüpfend an Marian Hauser, betont Oberbürgermeister Sierau „Ich freue mich über die Vielzahl der Teilnehmenden, die Nachhaltigkeit UND Verantwortung ernst nehmen“. Gleichzeitig gibt auch er zu bedenken: „Die Welt geht Richtung Burnout, sodass wir etwas tun müssen“. Es sei wichtig, „die westfälische Schwarmintelligenz in den Dienst der Nachhaltigkeit zu stellen“. Ziel müsse es sein, möglichst innovativ zu sein und andere mitzunehmen. So müsse Nachhaltige Entwicklung von der Nische in die Mitte kommen. Dies sei in der heutigen Zeit besonders wichtig, da Nachhaltigkeitspolitik immer auch Friedenspolitik sei.



Jürgen Hein stellt sich in seinem Grußwort angeregt durch Marian Heuser die Frage: „Bin ich zu alt, um die Welt noch zu verbessern“. Seine Antwort darauf fällt nüchtern, aber realistisch aus: „Vielleicht bin ich zu alt, um die Welt zu verbessern, aber man ist nie zu alt, um die Welt nicht noch schlechter zu machen“. Seine Botschaft an die Teilnehmenden: „Menschen, die ihren Lebensstil ändern wollen, sollten dabei bestmöglich unterstützt werden, das auch tun zu können“. Hierfür gäbe es unterschiedliche Mittel und Wege und es stehen unterschiedliche Akteure in der Pflicht. So müsse sich nicht nur der einzelne Ver-

braucher Fragen, was er tun kann. Auch Unternehmen müssen ihren Teil beitragen, so Hein. In seiner früheren Tätigkeit als Auslandskorrespondent in Indien habe er selbst kennen gelernt, unter welchen Bedingungen Kinder bei Teppicharbeiten eingespannt würden. Man müsse sich in Anbetracht der Produktionsbedingungen in anderen Teilen der Welt fragen: „Geht es uns bei der Nachhaltigkeit darum, dass WIR uns besser fühlen oder darum, dass es den Menschen, die Produkte herstellen, bessergeht?“ Ersteres sei meist einfach zu erfüllen. Wenn man letzteres erfüllen wolle, koste das Zeit und Geduld. Seine Definition von „Fairem Handel“ steht daher fest. Fairer Handel ist für ihn ein Synonym für die „Entschlossenheit dafür zu sorgen, dass entlang der Lieferkette nichts passiert, wofür wir uns hier schämen müssen“. Abschließend macht Herr Hein klar, dass er es begrüßt, dass durch die neu eingerichteten RENN Menschen zueinander finden, die sich mit diesen Themen auseinandersetzen.



Dr. Klaus Reuter benennt in seiner Begrüßung die Partner der RENN.west und stellt die Ziele des Netzwerkes vor: Es sei Aufgabe von RENN.west den Wissensaustausch zu fördern, Akteure zu vernetzen, SDGs umzusetzen und Politik mitzugestalten. Zentrale Idee sei es dabei, akteursübergreifend an Lösungsansätzen für die zentralen Herausforderungen einer Nachhaltige Entwicklung zu arbeiten. Wichtige aktuelle Herausforderungen seien u.a. das Erreichen des Zwei Grad-Limits bei der Klimaerwärmung und das Schließen der entstandenen Gerechtigkeitslücke. Hierzu habe es laut Dr. Reuter in den letzten Jahren einige Fortschritte in der Entwicklung politischer Rahmenbedingungen gegeben:

Auf vielen Ebenen seien Nachhaltigkeitsstrategien entstanden, die nun umgesetzt werden müssten. So sei der Beschluss zur Agenda 2030 und den Globalen Zielen für Nachhaltige Entwicklung ein wichtiges gemeinsames Werk der Weltgemeinschaft. Auch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNHS) bilde ein gutes Rahmenwerk, auch wenn sie sicherlich an der ein oder anderen Stelle noch weiterzuentwickeln sei. Zu bedenken gibt er: „Strategien sind nur so gut, wie sie dann auch umgesetzt werden. Eine Nachhaltige Entwicklung darf nicht mehr als „Add-on“ zum Alltagsgeschäft verstanden werden, sondern muss „kassenwirksam“, d.h. in den Budgets auf allen Ebenen wiederzufinden sein.“

Keynote

„Die Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und ihr Potential zur Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland“

DR. IMME SCHOLZ, stellv. Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) und Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE)



Dr. Imme Scholz fasst in ihrer Keynote zusammen, welche Herausforderungen sie auf dem Weg zu einer Nachhaltigen Entwicklung sieht. Gleichzeitig stellt sie heraus, welche Umsetzungsmöglichkeiten aus ihrer Sicht bestehen und welche Rolle die RENN dabei spielen könnten.

Dr. Scholz betont „die Wirksamkeit der Nachhaltigkeit muss gestärkt werden“ und pflichtet damit ihren Vorredner*innen bei. Sie erhoffe sich motivierende praktische Impulse von RENN.west.

Mit einer Grafik zur „Gerechten Transformation“ erklärt Dr. Scholz, die Abhängigkeit des Human Development Index vom ökologischen Fußabdruck, wie er weltweit festzustellen sei. Es sei eine besondere Herausforderung, dass Gesellschaften einen hohen menschlichen Entwicklungsstand erreichen, ohne dabei gleichzeitig ihren Umweltverbrauch zu erhöhen. Genau dies sei jedoch das Transformationsziel und dies müsse auch weltweit anerkannt werden. Nachhaltigkeitspolitik dürfe keine nationale Verantwortung bleiben, sondern weltweit über Nationen hinweg als wichtiger Beitrag für eine gerechtere Welt anerkannt werden. Es gehe auch darum, ein neues Verständnis von menschlichem Wohlstand zu entwickeln. Auch die Produktion müsse sich grundlegend ändern. „Es geht nicht darum, statt den konventionellen Schuh, dann den nachhaltig produzierten Schuh zu kaufen“, dies greife zu kurz um die notwendige Transformation voran zu bringen, so Dr. Scholz. Die Aufgabe von RENN sieht Imme Scholz darin, Lern- und Veränderungsprozesse zu unterstützen und dabei unterschiedlichste Akteure zusammenzubringen.

Anhand einer Grafik verdeutlicht Dr. Scholz, wie sehr die einzelnen Themen der Agenda 2030 miteinander verknüpft sind. In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie fehle zum Teil der Hinweis auf diese komplexen Vernetzungen. Nachhaltige Entwicklung sollte Richtschnur einer jeden Entscheidung in jedem Ressort sein. Wichtig sei es, einzelne Ziele nicht nur einem Ressort zuzuordnen. „Alle sind für alles zuständig, es gilt an einem Strang zu ziehen“, so Dr. Scholz. Um dies zu erreichen, haben u.a. in jedem Ressort sogenannte Nachhaltigkeitskoordinator*innen ihre Arbeit aufgenommen. Doch die Problemlösekompetenz liege nicht nur in den Ressorts. Auch die Wirtschaft, die Wissenschaft und die Zivilgesellschaft müssen besser zusammenarbeiten, so ihr Fazit.

Podium:

„Die Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie als Gemeinschaftswerk – Wie gelingt die Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte?“

Die Bundesregierung hat in der Neuauflage der Nachhaltigkeitsstrategie erneut betont, dass deren Umsetzung nur als Gemeinschaftswerk gelingen kann. Anspruch der Bundesregierung ist, möglichst viele gesellschaftliche Kräfte für den Umsetzungsprozess zu gewinnen. Dazu hat die Bundesregierung neben bereits etablierten Strukturen der Nachhaltigkeitsarchitektur (Staatssekretärsausschuss, parlamentarischer Beirat, Rat für Nachhaltige Entwicklung) neue Strukturen und Formate eingeführt, die den Diskurs bereichern sollen. Insbesondere sind hier der Bund-Länder-Erfahrungsaustausch, die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030, das Forum Nachhaltigkeit und die Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN) zu benennen, deren Auftrag und Mandat sich derzeit entwickeln. Der Nachhaltigkeitsdiskurs auf Bundesebene wird zudem ergänzt durch Fachdialoge des RNE oder einzelner Ministerien der Bundesregierung, wie etwa das Textilbündnis des BMZ.

Im Rahmen des Podiumsgesprächs wurde daher erörtert, welche Anknüpfungspunkte zur Nachhaltigkeitsarchitektur vorhanden sind, wie diese aus Sicht der Akteure auch aus vertikaler Sicht zu bewerten sind und mit welchen verbindlichen Mandaten ein Beitrag zur starken Nachhaltigkeit und Umsetzung der DNHS geleistet werden kann. Vertieft wurde das Gespräch zu dem Ziel/SDG 12 „für Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen“.

Zum Einstieg in die Diskussion fragte die Moderatorin die Podiumsgäste **Stefan Dierks**, Head of Product and Strategy, Corporate Responsibility, Tchibo GmbH, **Viktor Haase**, Abteilungsleiter im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, **Ulrike Schell**, Mitglied der Geschäftsleitung, Verbraucherzentrale NRW e.V., **Dr. Imme Scholz**, stellv. Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) sowie Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) und **Valentin Thurn**, Dokumentarfilmer, Journalist und Autor, nach ihrer Einschätzung, inwieweit die etablierten Beteiligungsformate eine effektive und kooperative Umsetzung der DNHS unterstützen, wie die akteursübergreifende Zusammenarbeit noch verbessert werden kann und welche Rolle die RENN in diesem Prozess übernehmen sollten.

Viktor Haase betonte den Mehrwert der RENN als Ebene, die zwischen den Bundesländern wirkt. So könne durch die RENN das Zusammenkommen und der aktive Austausch über Länderstrategien verstärkt werden. Dadurch könne eine neue Dynamik entstehen, beispielsweise ein positiver „Wettbewerb der Länder“ um den Titel des nachhaltigsten Bundeslandes. Es sollten auch geeignete Formate entwickelt werden, z. B. um die Bildungsexperten mit Nachhaltigkeitsexperten stärker zu vernetzen, da es hier ähnliche Zielvorstellungen gäbe. Außerdem sollen Bürgerinnen und Bürger verstärkt in Nachhaltigkeitsprozesse mit eingebunden werden. RENN biete hier die Möglichkeit, näher an die Bürgerinnen und Bürger heranzutreten und auf diesem Weg auch die Kommunen miteinzubinden.

Valentin Thurn, der im Anschluss an die Dreharbeiten für „Taste the Waste“ die Graswurzelbewegung „Foodsharing“ und nach seinem Film „10 Milliarden“ den Ernährungsrat in Köln gegründet hat, setzt auf die Kraft der vielen lokalen Initiativen – DIE globale Lösung gäbe es nicht. Er benutzt das Wort „Nachhaltigkeit“ in seinen Filmen nicht, da es viel zu unscharf sei. Über Veranstaltungen wie „Köln isst gut“ oder durch das Projekt „Essbare Stadt“ werden Bürgerinnen und Bürger eingebunden und es entstehen Querverbindungen zu anderen Nachhaltigkeitsbereichen. „Wir müssen miteinander reden und dürfen auch nicht vor wirtschaftlichen Fragestellungen haltmachen“, so Thurn. Zum Beispiel „echte“ Preise einfördern, die die Folgekosten durch schlechte Ökobilanzen oder unfaire Arbeitsbedingungen integrieren. Man solle auch die Frage stellen, warum es bisher keine Klimazertifikate für die Landwirtschaft gibt.

Tchibo setzt laut **Stefan Dierks** nicht mehr auf eine separate, unternehmensinterne Nachhaltigkeitsstrategie, sondern hat inzwischen Nachhaltigkeit in alle Geschäftsprozesse integriert. Das sei auch eine wünschenswerte Entwicklung auf staatlicher Seite: Die Erstellung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie erfolgte im Kontext der Politiken der Ressorts; nun liege es in der Verantwortung der nächsten Regierung, ihre Politik an der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie auszurichten.

Darüber hinaus erläuterte Dierks, dass Unternehmen wie Tchibo auch mit systemisch bedingten Problemen wie Kinderarbeit oder dem Fehlen existenzsichernder Löhne konfrontiert seien, auf die Tchibo wenig Einfluss nehmen könne und die nur gemeinschaftlich lösbar seien. Formate der Bundesregierung zur Umsetzung der DNHS, insbesondere das Textilbündnis für nachhaltige Textilien, an dem Tchibo beteiligt sei, sind für Dierks positives Beispiel für einen solchen gemeinschaftlichen Ansatz. Solche Ansätze zu unterstützen, verschiedene Perspektiven zusammenzubringen, Widersprüche auszudiskutieren und systemische Hindernisse zu verstehen, sieht er auch als eine Aufgabe für die RENN.

Ulrike Schell stellt den „Klimadiskurs NRW“ als Beispiel einer Multi-Stakeholder-Initiative vor. Der Klimadiskurs wurde in 2012 aus zivilgesellschaftlichem Engagement heraus gegründet, weil man in diversen entscheidenden Fragen einer Nachhaltigen Entwicklung – wie beispielsweise der Kohlefrage – als Zivilgesellschaft nicht weiterkam. Zu den Gründungsmitgliedern zählen BUND NRW, Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen, die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW, der NABU NRW, die Verbraucherzentrale NRW, aber auch Unternehmen wie der Verband der Chemischen Industrie, diverse Stadtwerke, Energieversorger sowie der DGB. Der Klimadiskurs ist ein politisch unabhängiger Verein mit ca. 60 Mitgliedern, die unterschiedliche Interessen und unterschiedliche Auffassungen bezüglich einer Transformation des Energiesystems vertreten. Im Rahmen des Klimadiskurses werden diese Differenzen in konstruktiver Atmosphäre und in Gesprächen auf Augenhöhe diskutiert. Ulrike Schell ergänzt, dass die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie auch in der nächsten Regierung Chefsache bleiben müsse – das sei auch für NRW wünschenswert.



Befragt zur Rolle von Public Private Partnerships äußert sich **Valentin Thurn** sehr skeptisch. Insbesondere in der Entwicklungszusammenarbeit spielen Public Private Partnerships eine zunehmend größere Rolle. Man müsse allerdings kritisch betrachten, WAS genau gemessen wird, wenn es z.B. um Deutschlands Beitrag zur Reduzierung der Armut in der Welt gehe, also die öffentlichen Entwicklungsausgaben. Öffentliche Entwicklungsbanken seien intransparent und förderten zum Teil unsinnige Projekte, wo Gelder an Großfarmen und -produzenten gehen. Und die Handelsabkommen der EU mit Afrika seien ein moralischer Skandal, weil wir die Wirtschaft in den Entwicklungsländern damit kaputt machen.







Dr. Imme Scholz hält es für berechtigt zu fragen, was genau gemessen wird. Komplexe Zusammenhänge könnten auch nur schwer in sinnvollen Indikatoren abgebildet werden, deshalb solle man nicht ausschließlich auf die Indikatoren achten, es gäbe darüber hinaus auch noch Handlungsspielräume. Wenn Handels- und Agrarpolitik zum Thema wird, stellt sich laut Dr. Scholz immer die Frage nach der Kohärenz. Ein positiver Punkt und gleichermaßen auch eine Besonderheit deutscher Entwicklungszusammenarbeit sei es, dass Deutschland einen großen Anteil der Gelder in Stiftungen und NROs investiert und nicht nur bilaterale staatliche Zusammenarbeit finanziert. Die zentrale Frage sei, „wie ich meine Instrumente einsetze und was ich damit bewirke“. Die Unterschiede zwischen den Ländern seien weiterhin sehr groß und sie hoffe, dass man anfängt, mehr voneinander zu lernen.

Stefan Dierks von Tchibo berichtet von seinen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Produzenten zur Gestaltung nachhaltiger Lieferketten und ergänzt, dass die Dachverbände der Kaffeeanbauer inzwischen ein anderes Selbstbewusstsein haben und sich nicht mehr alles von den Abnehmern vorschreiben lassen. Dass sich solche selbsttragenden Strukturen und Prozesse auch ohne das Zutun von Tchibo weiterentwickeln, sei wünschenswert.

Nachhaltiger Konsum und Produktion

12 Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster

Nachhaltiger Konsum – Konsum umwelt- und sozialverträglich gestalten

12.1.a	Produkte mit staatlichen Umweltzeichen	Steigerung des Marktanteils auf 34 % bis 2030	Keine Bewertung möglich			
12.1.b	Energieverbrauch und CO ₂ -Emissionen des Konsums	Kontinuierliche Abnahme des Energieverbrauchs	2010 	2011 	2012 	2013 

Nachhaltige Produktion – Anteil nachhaltiger Produktion stetig erhöhen

12.2	Umweltmanagement EMAS	5 000 Organisationsstandorte bis 2030	2012 	2013 	2014 	2015 
------	-----------------------	---------------------------------------	---	--	---	---

Abb 1: Auszug aus dem Indikatorenbericht 2016: Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Seite 128

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie hat zum Thema Konsum und Produktion drei Indikatoren und je ein Ziel festgelegt. Sie umfassen die Anwendung des Umweltmanagements EMAS (bezogen auf Organisationsstandorte und Beschäftigte), den indirekten und direkten Energieverbrauch und CO₂-Emissionen durch Konsumaktivitäten privater Haushalte sowie Marktanteile von Produkten mit staatlichen Umweltzeichen. Die Gewittersymbolik zeigt, dass Deutschland in diesen Bereichen noch Nachholbedarf hat.

Dr. Imme Scholz merkt an, dass die Indikatoren die Entwicklung im Bereich Konsum- und Produktion noch nicht ausreichend abbilden. Zudem dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass Reduktionen in diesem Bereich alleine durch das Handeln des einzelnen Bürgers oder der Bürgerin geleistet werden kann. Beispielsweise habe der Energieverbrauch in Wohnräumen einen großen Anteil an privaten CO₂-Emissionen. Privatpersonen haben hier jedoch oft kaum Einfluss, diesen Energieverbrauch zu senken, wenn sie z. B. in Mietshäusern wohnen. Besonders durch schlecht isolierte Bauten gehe viel Wärme verloren, was wiederum einen höheren Energieverbrauch bedingt. An dieser Stelle fordert Dr. Scholz politisches Handeln ein. Auch die Kohlenstoffsteuer sei zu recht wieder in der Debatte. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie werde nur wirksam, wenn sie legislatur- und parteiübergreifend angenommen wird. Verantwortung dürfe nicht auf den Einzelnen abgewälzt werden. Nachhaltigkeit muss in den Alltag integrierbar und „normal“ sein, kein heroischer Akt Einzelner.

Viktor Haase möchte die Indikatoren richtig eingeordnet wissen: Man müsse sich der Grenzen der Indikatoren bewusst sein und dürfe das eigentliche Ziel nicht aus dem Blick verlieren. Sinnvollerweise würden zunächst Ziele festgesetzt und danach messbare Indikatoren entwickelt, die verändert und angepasst werden können. Nachhaltigkeitsstrategien sind, betont Haase, prozessual – es heiße ja auch Nachhaltige Entwicklung und nicht Nachhaltigkeit.

Ulrike Schell sieht, dass sich politisch und gesellschaftlich etwas weiterentwickelt hat: Es heiße nicht mehr nur nachhaltiger Konsum, sondern auch nachhaltige Produktion – nur über Konsum zu sprechen bringe nichts, Wirtschaft und Handel müssen mitgenommen werden. Die nächsten Schritte müssten aber politische Entscheidungen sein. Der Poetry Slam zu Beginn der Tagung habe es noch einmal verdeutlicht: Wir leben in zu großem Wohlstand und es fällt uns schwer, uns auf das Wesentliche zu konzentrieren; das verdeutlichen auch die Indikatoren zum Thema Konsum und Produktion. Es fehlt an Übersichtlichkeit über die Siegel und Labels, es sind zu viele Entscheidungen zu treffen und weiterhin fehlt die Verbindlichkeit. Es sollte z.B. ein verbindliches Siegel der Bundesregierung für Fairen Handel eingeführt werden, dem die Verbraucher*innen vertrauen können.



Stefan Dierks stellt fest, dass sie bei Tchibo in der Lieferkettenoptimierung schon einiges erreicht haben, aber in Sachen Nachhaltigkeit noch viel zu tun bleibe. Beim Produktsortiment müsse der Spagat zwischen Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Marktgängigkeit geschaffen werden. Wünschenswert wäre eine Kreislaufwirtschaft. Tchibo bietet beispielsweise einen Reparaturservice an und stellt auf seinen Social-Media-Kanälen Upcycling-Videos zu den Produkten von Tchibo bereit. Eine Verschlankung der Produktpalette sieht Tchibo jedoch als große Herausforderung. Denn genau diese breite Produktpalette, vor allem im Non-Food-Bereich, sei sehr stark nachgefragt. Das sei, konstatiert Dierks, tatsächlich ein noch ungelöster Punkt.

Valentin Thurn fragt, warum sich Bewusstsein nicht in Handeln umsetzt. Eine Haltung hängt mit Wertschätzung zusammen; der Bezug zu einem Produkt gehe aber über lange Verteilwege verloren – dies verursache eine Entfremdung beim Konsum, nicht nur bei Lebensmitteln. Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, wie die solidarische Landwirtschaft, können Lösungen darstellen und Menschen ermöglichen, wieder einen Bezug zu den Lebensmitteln herzustellen. Aus solchen Nischen können laut Thurn durchaus große Strukturen werden: In Südkorea gäbe es eine solidarische Landwirtschaft mit 1,2 Millionen Mitgliedern.

Ziel der EU sei es, Lebensmittelverschwendung bis 2030 zu halbieren. Leider fehlten momentan noch Strategie und Datenbasis, anhand derer der aktuelle Stand quantifizierbar ist. Die Datenbasis ist unterschiedlich je nach Gruppe: Die Verbraucher*innen seien durchforscht, bei Handel und Industrie seien nur Zahlen der Branchenverbände bekannt, in Landwirtschaft gäbe es noch weniger Zahlen. Großbritannien habe da interessante Ansätze: Dort werden Lebensmittelabfälle gewogen und daraus Daten über die Lebensmittelverschwendung erhoben. In England sei der öffentliche Druck auf die Supermärkte mittlerweile um einiges größer als in Deutschland. Valentin Thurn sieht eine Hürde für die Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung darin, dass betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Interessen nicht deckungsgleich sind. Mehr Umsatz bedeutet gleichzeitig z.B. auch mehr Müll. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist Umsatz natürlich wünschenswert, dennoch seien die Folgen aus volkswirtschaftlicher Sicht nicht tragbar.

Systemische, komplexe Herausforderungen lassen sich nur gemeinschaftlich lösen und auch deshalb kann Nachhaltige Entwicklung nur in einer Demokratie gelingen, darin sind sich die Diskutanten einig. Die Podiumsdiskussion zeigte, dass es das Zusammenspiel vieler unterschiedlicher Ansätze und Akteure braucht, um eine Nachhaltige Entwicklung voranzubringen. Von den Initiativen mit ihren lokal angepassten Lösungsansätzen über Multi-Stakeholder-Initiativen bis hin zur Verantwortung für nachhaltige Lieferketten in globalen Handelskonzernen. Die staatliche Ebene hat dabei vor allem die Aufgabe, den Rahmen zu setzen, um Nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen und Engagement für Nachhaltigkeit zu unterstützen. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist für diese Rahmensetzung ein guter Ansatzpunkt.

Workshops zu *bRENNpunkten* der Deutschen Nachhaltigkeitspolitik

bRENNpunkt Bildung

Mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie will die Bundesregierung eine hochwertige Bildung und lebenslanges Lernen für alle realisieren. Ziel des Workshops war die Analyse, ob die Bildungsziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ausreichen, um eine Nachhaltige Entwicklung zu fördern. Zudem diskutierten die Teilnehmer*innen des Workshops, ob sich die Ziele des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Strategie ausreichend wiederfinden. Weitere Fragen, die im Workshop behandelt wurden, waren die nach nötigen Zielen und Indikatoren zur Implementierung der BNE, die Frage nach Ausweitung der geplanten Maßnahmen zur Bildung sowie die Überlegung, wie sich die Zivilgesellschaft einbringen kann, um das Thema Bildung für Nachhaltige Entwicklung/Bildung weiter zu stärken.

Input zur DNHS

EVA-MARIA KOHLMANN, Universität Kassel, Didaktik der politischen Bildung &

JENNIFER GATZKE, Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Hessen e.V., RENN.west

Im Kurzpuls von Jennifer Gatzke wurden zunächst die Unterziele des SDG4 der Agenda 2030 vorgestellt (siehe z.B.: https://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bildung/Bildungsagenda_2030_Aktionsrahmen_Kurzfassung_DeutscheVersion_FINAL.pdf). Anschließend folgte ein Blick auf den Aufbau des Oberziels „Hochwertige Bildung“ der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNHS), der beispielhaft anhand des Nachhaltigkeitspostulates „Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern“ mit den entsprechenden Indikatoren und Zielen vorgestellt wurde (siehe Abb.1). Der Vergleich von den Unterzielen des SDG 4 der Agenda 2030 mit dem Oberziel aus der DNHS zeigt, dass nur wenige der Unterziele des SDG4 Einzug in die Ziel- und Indikatorensetzung der DNHS gefunden haben.

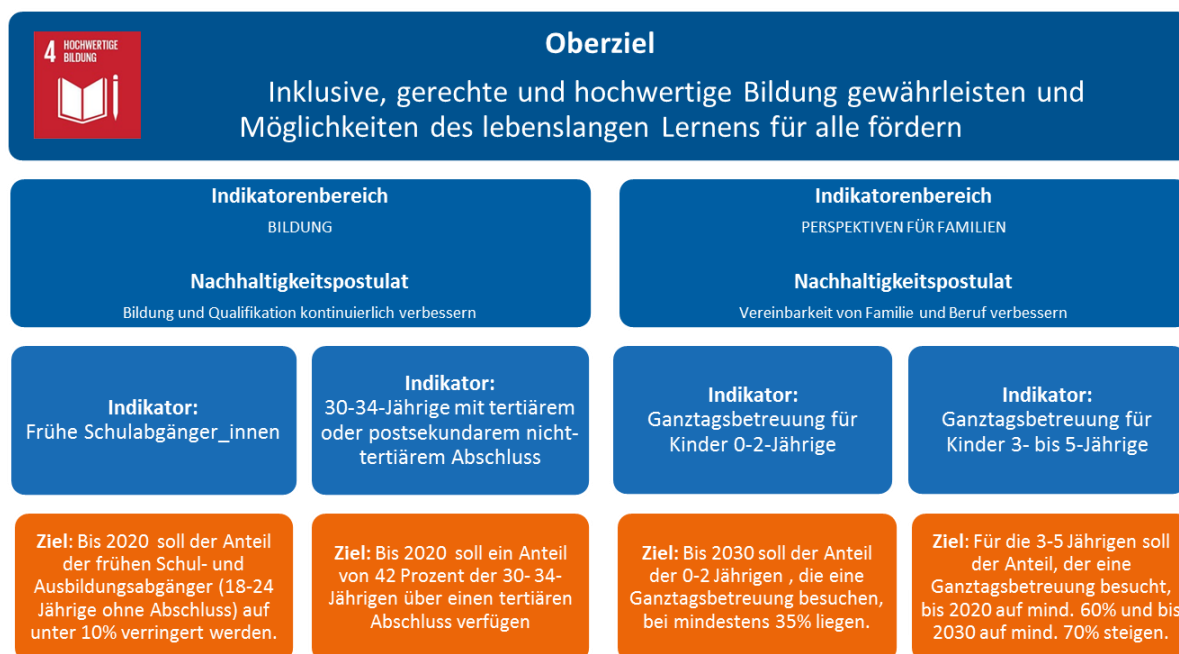


Abb.2.: Das Oberziel „Hochwertige Bildung“ mit seinen Indikatoren und Zielen.

Im Folgenden wurde hervorgehoben, dass eine besondere Herausforderung bei Umsetzung von Zielen und Maßnahmen im Bereich Bildung darin bestehe, dass Bildung Ländersache mit föderaler Zuständigkeit ist. Daher gebe es innerhalb der Bundesländer unterschiedliche Ansätze und Prioritätensetzungen. In ihrer Einführung machte Jennifer Gatzke zudem deutlich, dass Bildung als Querschnittsthema in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie angelegt sei. So heißt es beispielsweise in der Managementregel 11 „Bei allen Entscheidungen sind die vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse und die hierfür erforderlichen Forschungen zu berücksichtigen. Die notwendigen Qualifikationen und Handlungskompetenzen sind im Sinne einer „Bildung für nachhaltigen Entwicklung“ im Bildungssystem zu verankern“ (Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, Fortschreibung 2016, S. 33). Dennoch stelle man bei Durchsicht der Nachhaltigkeitsstrategie fest, dass es ausschließlich innerhalb der SDGs 5 „Geschlechtergleichheit“, 10 „Weniger Ungleichheit“ und 17 „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“ Indikatoren und Ziele mit Bildungsbezug gibt (siehe Abb.2), so Jennifer Gatzke.



Abb.3: Indikatoren, die in ihren Zielen und Indikatoren direkte Querbezüge zum Thema Bildung aufweisen.

Am Ende des Kurzimpulses wurde schließlich auf die Maßnahmen eingegangen, die zum Oberthema Bildung in der Nachhaltigkeitsstrategie aufgeführt sind. Diese seien unterschiedlicher Art, so Gatzke, und sprechen unterschiedliche Handlungs- und Wirkungsebene an. So falle darunter sowohl das Einsetzen von Expertengruppen sowie das Anstoßen von Projekten und Programmen jedoch auch das Bereitstellen von Finanzierungsinstrumenten und das Verfassen von Publikationen. Beispielhaft wurden hierfür der Nationale Aktionsplan BNE oder der Orientierungsrahmen zum Lernbereich Globale Entwicklung genannt. Festzustellen sei jedoch, dass trotz Bezug auf derartige Rahmendokumente deren Inhalte im Kapitel Bildung und darüber hinaus zu den anderen SDGs innerhalb der DNHS nicht umfassend aufgenommen worden seien. Dies erläutert Jennifer Gatzke anhand des Beispiels Bildungslandschaften und SDG 11.

Impuls:

DR. MANFRED BECK, Stadtdirektor Gelsenkirchen a. D., Vorsitzender des Fachforums Kommunen der Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Der Impulsvortrag von Dr. Manfred Beck startete mit einem Zitat von Vernor Muñoz, einem ehemaligen Sonderberichterstatler für das Recht auf Bildung: „Das deutsche Bildungssystem benachteiligt arme Kinder, Kinder aus Migrantenfamilien und Kinder mit Behinderung“ (21.3.2007 und September 2016). Laut Muñoz habe die Bundesrepublik im Bereich Bildung noch einige Defizite.

Dr. Manfred Beck erläuterte hierzu, dass in seinen Augen alle SDGs und deren Umsetzung Bildungsprozesse voraussetzen, da ohne Bildung kein Wandel erreicht werden könne. Dieser Wandel müsse zunächst in den Köpfen der Gesellschaft passieren. Daher setze Bildung für Nachhaltige Entwicklung Partizipation und lebenslanges Lernen voraus.

In seinem Vortrag ging Dr. Beck darauf ein, dass sich das Leben der Bürger*innen in den Kommunen abspielt und die Bildungsprozesse dort von Geburt an bis ins hohe Alter organisiert werden. Leider tauchen seiner Meinung nach regionale Bildungsnetzwerke in der Nachhaltigkeitsstrategie kaum auf. Dies sei schade, da gerade dort gute Beispiele aus dem Bereich BNE zu finden seien. Aus diesem Grund sei es wichtig, BNE-Prozesse in den regionalen Bildungsprozessen zu verankern und dort zu organisieren.



Als gelungenes Beispiel hierzu berichtet er aus seiner Heimatstadt Gelsenkirchen. Unter dem Dach der Agenda 21 arbeiten in Gelsenkirchen unterschiedliche Initiativen und Projekte an dem gemeinsamen Ziel: nachhaltige Entwicklung. Die Stadt wurde inzwischen bereits zum vierten Mal als „Stadt der UN-Weltdekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet und erhielt 2017 den Learning City Award, der Städte für ihre nachhaltige Entwicklung im Bereich Bildung und lebenslanges Lernen ehrt, sowie 2016 den Deutschen Nachhaltigkeitspreis. (https://www.nachhaltigkeitspreis.de/2016_staedte_gelsenkirchen_detail/). Gelsenkirchen habe sich vor allem durch die Einbindung von Akteuren und die vielseitigen Projekte zur Förderung des Zugangs zu Bildung hervorgetan. Beispielhaft geht Dr. Beck auf drei gelungene Projekte aus Gelsenkirchen ein:

- Ziegenmichel e.V.: Ein Verein, der einen Bauernhof nutzt, um positive Beispiele für gelebte Integration und Inklusion zu schaffen.
- Forststation Rheinelbe: Auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Rheinelbe haben sich seit der Stilllegung zahlreiche Pflanzen und Tierarten angesiedelt. Um der Bevölkerung diese neuen Entwicklungen nahezubringen, wurden waldpädagogische Programme aufgebaut, die von den örtlichen Grundschulen sowie einer Gesamtschule regelmäßig in Anspruch genommen werden.
- Biomassepark HUGO: Dieser Park wurde in einem auf Partizipation angelegten Prozess, von einer Fläche, die lange für die Bürger*innen nicht zugänglich war, zu einem Ort der Begegnung und des „Aktiv Werdens“ entwickelt.

Dr. Beck beendet seinen Impulsvortrag mit einer Botschaft, die für ihn auch im Bereich Nachhaltigkeit von entscheidender Bedeutung ist: „Bildung ist nicht alles... aber ohne Bildung ist alles nichts“.

Zusammenfassung der Diskussion / Ergebnisse World Café:

Ko-Moderation:

THOMAS HOHN, *Kampaigner Umwelt- und Bildungspolitik von Greenpeace, Sprecher Bündnis Zukunftsbildung*

Leitfrage: Inwieweit bilden die Ziele und Indikatoren der DNHS den notwendigen Zielkorridor ab, um eine nachhaltige Entwicklung im Bereich Bildung bis 2030 zu erreichen? Wie können Ziele und Indikatoren weiterentwickelt werden?

- Das vom BMBF ausgeschriebene Förderprogramm zu Forschungsvorhaben mit dem Ziel, BNE-Indikatoren zu entwickeln, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.
- Benötigt wird eine kompetenzorientierte Indikatorik im Sinne der Kompetenzmodelle von BNE und ein Indikatoren-Set entlang der Bildungskette bzw. der thematischen Schwerpunkte der Fachforen des Nationalen Aktionsplanes (NAP) BNE in dem deutschen Prozess zum Weltaktionsprogramm (WAP) BNE (Fachforen: <http://www.bne-portal.de/de/bundesweit/gremien-der-deutschen-umsetzung>), um die Vielfalt und Relevanz von BNE abzubilden.
- Bildung findet in den Ländern statt, daher wäre es empfehlenswert, wenn die wissenschaftlich entwickelte Indikatorik mit/zwischen Bund und Ländern abgestimmt wird, ebenso muss der Prozess der Indikatorenentwicklung und -auswahl in einem zivilgesellschaftlichen Anhörungsverfahren geführt werden.
- Eine rein quantitative Messung, z.B. in wie viele Curricula BNE aufgenommen ist oder in wie vielen Lehrkräftefortbildungen BNE eine Rolle spielt, kann nur ein erster Schritt sein. Die Klärung der Frage, wie eine kompetenzorientierte Messung der umgesetzten Bildungsmaßnahmen erfolgen kann, ist entscheidender. Quantitative sowie qualitative Indikatoren sollten diesem Rechnung tragen. Zudem ist hier die Realität von bestehenden BNE-Projekten – auch im außerschulischen Bereich und der Erwachsenenbildung- mit einzubeziehen. Hier gilt es zu prüfen, wie eine belastbare Datenlage zur Entwicklung von Indikatoren hergestellt werden kann.
- Formuliertes Ziel von Nachhaltigkeitsstrategien muss es sein, die Finanzierung von BNE sicherzustellen. Neben finanziellen Ressourcen sind auch zeitliche Freiräume zu schaffen (siehe WAP-NAP „Freiräume schaffen“).
- Bereiche wie Demokratiepädagogik und politische Bildung können für den BNE Prozess förderlich sein, bildungspolitische Debatten wie Inklusion und Digitalisierung müssen dringend mit BNE verknüpft werden, auch an den entsprechenden Stellen in der DNHS z.B. unter SDG9 und SDG10).
- Beteiligungsmöglichkeiten der Jugend an der Ausgestaltung einer Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland muss gewährleistet werden

- Beteiligungsprozesse für die Zivilgesellschaft zu den SDGs (z.B. SDG 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden) sind wichtig und müssen an den entsprechenden Stellen der DNHS aufgenommen werden. Kommunen müssen verpflichtet werden, Beteiligungsprozesse anzustoßen und ernst zu nehmen, Ergebnisse also auch umzusetzen.



Ko-Moderation:

CHRISTIAN LEDIG, *Klimastiftung für Bürger*

Leitfrage: In wie weit sind die Maßnahmen der Bundesregierung ausreichend, um eine Nachhaltige Entwicklung im Bereich Bildung bis 2030 zu erreichen? Welche zusätzlichen oder anderen Maßnahmen wären notwendig?

- Nicht zu allen thematischen Schwerpunkten der Fachforen des NAP BNE werden Maßnahmen benannt, es fehlen z.B. Maßnahmen aus dem Bereich Kommunen/Bildungslandschaften, zum non-formalen, informellen Lernen sowie Maßnahmen zur Einbindung der Jugend.
- In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wird im betrachteten Bereich Bildung zu den formulierten Maßnahmen nicht immer klar benannt, wer die jeweiligen Maßnahmen umsetzt und an wen sie sich konkret richten. Hier wäre eine konkretere Ausformulierung wünschenswert.
- Junge Menschen sind zu wenig eingebunden. Selbstwirksame und gleichberechtigte Beteiligung von jungen Menschen bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen wäre wünschenswert.
- BNE muss in die Lehrpläne eingebracht werden, aber auch außerschulische Partner müssen an der Umsetzung von Maßnahmen z.B. im Bereich Bildungslandschaften oder *Whole Institution Approach* beteiligt und dabei unterstützt werden.
- Junge Menschen sollten schon früh im Laufe ihrer Bildungsbiografie in die Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen zum Erreichen einer Nachhaltigen Entwicklung eingebunden werden, damit sie lernen können, Verantwortung zu übernehmen.

- Schüler*innen sollten besser darüber informiert werden, wo sie überhaupt partizipieren können.
- Junge Menschen sollten für den Wert einer langfristigen, kontinuierlichen Partizipation sensibilisiert werden.
- Junge Menschen sollten zur Partizipation zu unterschiedlichsten Fragen und Herausforderungen der SDGs motiviert werden, evtl. müssen hierfür die Medien der jungen Menschen genutzt werden und sie müssen dort abgeholt und aufgesucht werden, wo sie stehen (Verein, Fußballplatz, ...).

Ko-Moderation:

STEFFEN WACHTER, Hessischer Volkshochschulverband / Runder Tisch BNE

Leitfrage: Welche Handlungsansätze bieten sich seitens der Zivilgesellschaft / nicht staatlicher Akteure an, um die Zielerreichung zu unterstützen?

- Zivilgesellschaft eröffnet Begegnungs-/ und Aktionsräume, um ALLE zu erreichen, sollte jedoch auch aufsuchende Bildungsarbeit im Blick behalten
- Mediale Zugänge und Kommunikationsformen berücksichtigen, um vor allem junge Menschen oder auch die Ebene der Businesspeople mit großem Fußabdruck zu erreichen
- Persönlichen Bezug herstellen, Menschen persönlich treffen
- Zivilgesellschaft kann Ideen und Unterstützung bieten, offene (Frei-)„Räume“ für Begegnung auf Augenhöhe schaffen bzw. identifizieren und nutzen, aber auch virtuelle Räume einbinden (Social Media)
- Zivilgesellschaft hat eine gewisse Offenheit für die Probleme und Lebenslagen von Menschen, sie kann „Schätze heben“: Soll heißen: Kompetenzen entdecken, Stärken nutzen und Wertschätzung / Achtung vermitteln
- Auf aktuelle Entwicklungen im Nachhaltigkeitsdiskurs, wie z.B. Migrationsbewegungen, kann zeitnah und ohne große Verzögerungen reagiert werden.
- Zivilgesellschaftliche Initiativen sollten gebündelt und strategisch ausgerichtet werden (Stichwort: Bildungslandschaften), um vielfältiges, lokales Engagement stärker fördern zu können (Lern-Netzwerke). Hierfür braucht wiederum Zivilgesellschaft Unterstützung in Form von Ressourcen.
- Bei der Konzeption von Projekten ist es wichtig, Anknüpfungspunkte zu den Lebensrealitäten der Zielgruppen zu schaffen, d.h. Menschen dort „abzuholen“, wo sie stehen. Menschen sollen Möglichkeiten eröffnet werden, sich ihre eigenen Räume zu erarbeiten und zu gestalten.
- Zivilgesellschaft sollte „politischer werden“.
- Partizipative Dialoge, angestoßen von der Zivilgesellschaft, sollten als Methodik zur Einbindung großer Stakeholdergruppen (auch „Randgruppen“) in kommunalen Gestaltungsprozessen stärker genutzt werden. Dies sollte im SDG 11 aufgenommen werden.

Die Konkurrenz um die Ressource Fläche ist weiterhin hoch, denn sie muss diversen Nutzungsansprüchen wie Wohnen und Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Wirtschaft, Energieerzeugung und Naturschutz gerecht werden. So werden jeden Tag fruchtbare Böden in Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt. Wie können wir den Flächenverbrauch in Deutschland aber auch durch Deutschland in anderen Teilen der Welt auf ein vertretbares Maß reduzieren?

bRENNpunkt Fläche in der DNHS (siehe auch Präsentationsfolien, Anhang XY):

Fast alle Formen menschlicher Aktivität manifestieren sich im Raum und haben damit Auswirkungen auf Flächennutzung. Zudem erfüllt Boden zahlreiche ökologische, soziale, ökonomische und kulturelle Funktionen. So kommt das Thema auch in der DNHS zentral vor: Zu vielen Oberzielen werden seitens der Bundesregierung daher direkte oder indirekte Bezüge hergestellt. Konkrete Ziele zur Flächenentwicklung in Deutschland sind zu Ziel 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher und nachhaltig gestalten“ formuliert:













11 Nachhaltige Städte und Gemeinden						
Flächeninanspruchnahme – Nachhaltige Flächennutzung						
11.1.a	Siedlungs- und Verkehrsfläche	Senkung des Anstieges auf unter 30 ha pro Tag bis 2030	2011 	2012 	2013 	2014 
11.1.b	Freiraumverlust	Reduzierung des Rückgangs der Freiraumflächen je Einwohner	2011 	2012 	2013 	2014 
11.1.c	Siedlungsdichte	Keine Verringerung der Siedlungsdichte	2011 	2012 	2013 	2014 

Abb 4: Auszug aus dem Indikatorenbericht 2016: Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Seite 127

Die Bundesregierung benennt die Konkurrenz um die Ressource Fläche als Herausforderung für eine Nachhaltige Entwicklung, will die Inanspruchnahme zusätzlicher Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke reduzieren und sieht jedoch besonders Länder- und Kommunen für diese Zielerreichung in der Pflicht. Laut DNHS wirkt die Bundesregierung mit folgenden Maßnahmen auf eine nachhaltige Flächennutzung (siehe auch Seite 155ff):

- **Gesetz zur Stärkung der Innenentwicklung und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts (2013)**
- **Bund-Länder-Programme der Städtebauförderung und Dorfentwicklung** zur Unterstützung der Kommunen bei der Nutzung ihrer Brachflächen, Baulücken sowie die Nach- und Umnutzung leerstehender Bausubstanz in Innenstädten und Dorfkernen
- **Bundesverkehrswegeplan** (Prinzip „Erhalt vor Aus- und Neubau“)

Impuls (siehe auch Präsentationsfolien, Anhang XY):

DR. ANDREA DITTRICH-WESBUER, Stellvertretende wissenschaftliche Institutsleitung und Forschungsgruppenleiterin „Metropole und Region“, Ils – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH

Frau Dr. Dittrich-Wesbuer stellt zunächst dar, wie sich die Flächeninanspruchnahme seit Beginn der 1990er Jahre entwickelt hat und hebt hervor, dass auch das in der DNHS festgeschriebene Ziel von maximal 30 Hektar pro Tag immer noch eine Umwandlung von 11.000 Hektar (meist landwirtschaftlicher Fläche) in Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Jahr bedeutet. Global betrachtet beansprucht Deutschland jedoch noch viel mehr Fläche, im Jahr 2010 „importierte“ Deutschland 6,4 Millionen Hektar Fläche, nicht nur durch Konsumprodukte, sondern vor allem auch durch Futtermittelimporte (Soja).

Herausforderungen und Treiber in Bezug auf Flächennutzung sind u.a. die Intensivierung der Landwirtschaft, demografischer Wandel und gestiegener Wohnflächenanspruch pro Person, Globalisierung oder der Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse („spatial justice“). Frau Dr. Dittrich-Wesbuer betont außerdem, dass die Entwicklung von Flächennutzung immer auch ein Stück weit unvorhersehbar bleibt.

Frau Dr. Dittrich-Wesbuer stellt Instrumente und Maßnahmen vor, die auf Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen genutzt werden bzw. genutzt werden könnten, um die zunehmende Umwandlung in Siedlungs- und Verkehrsfläche zu reduzieren. Sie bezieht sich dabei auf rechtliche (wie Bodenschutzgesetz, kommunaler Finanzausgleich oder Konzeptausschreibungen) und ökonomische Instrumente (wie Bodensteuer, „flächenneutrale“ Förderrichtlinien oder Rückbau) sowie informationsfördernde Maßnahmen und gemeinschaftliche Ansätze (wie Kampagnen, Siedlungsflächenmonitor oder Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements).

In den Flächenreserven der Gemeinden sieht Frau Dr. Dittrich-Wesbuer ein großes Potenzial für die Innenentwicklung von Siedlungen. Alleine in Nordrhein-Westfalen gibt es laut Siedlungsflächenmonitoring gut 19.000 Hektar Wohnreserven und gut 17.500 Hektar Gewerbereserven. Diese könnten zunächst genutzt werden, ohne zusätzliche Siedlungs- und Gewerbeflächen auszuweisen.

Zusammenfassend stellt sie fest:

- Boden muss geschützt werden. Dies kann nur mit einem geringeren Flächenverbrauch geschehen.
- Die Ziele der Flächenreduktion dürfen nicht durch Flächenimporte aus anderen Regionen der Welt erreicht werden.
- Bewährte bzw. aussichtsreiche Instrumente und Konzepte liegen auf allen Handlungsebenen vor.

Letztlich sei auch die Frage wichtig, zu welchen Schritten Politik und Gesellschaft überhaupt bereit sind, um den Flächenverbrauch zu minimieren.

Zusammenfassung der Diskussion / Ergebnisse World Café:

Ko-Moderation:

DR. ANDREA DITTRICH-WESBUER

Leitfrage: Inwieweit bilden die Ziele und Indikatoren der DNHS den notwendigen Zielkorridor ab, um eine Nachhaltige Entwicklung zum Oberthema bis 2030 zu erreichen? Wie können diese ggf. weiterentwickelt werden?

- Der bereits etablierte Indikator zur Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche (SUV) ist trotz der bereits viel diskutierten Unschärfen (u.a. SUV umfasst nicht ausschließlich versiegelte Fläche, sondern ebenso Grünflächen wie Friedhöfe und Erholungsfläche) ein hilfreicher Indikator, der in Zukunft fortgeschrieben werden sollte.
- Dabei darf das Ziel, die Ausweitung der SUV auf 30 ha/Tag (minus x) bis 2030 zu begrenzen, nur als Zwischenziel verstanden werden. Langfristiges Ziel muss es sein, die Zunahme an SUV ganz zu stoppen (Netto 0, siehe hier auch Forderung der SDGs) bzw. sogar auf weitere Entsiegelung von Flächen hinzuwirken.
- Die positive Bewertung (Sonnensymbol) zur Entwicklung der SUV durch das Statistische Bundesamt ist alleine auf die zeitliche Verschiebung des Flächenziels von 30 ha/Tag (minus x) bis 2020, wie es noch in der vorherigen Auflage der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie festgeschrieben war, auf den Zielhorizont 2030 zu erklären.
- Die zwei neuen Indikatoren zur Siedlungsentwicklung – Siedlungsdichte (11.1.c) und Freiflächenverluste (11.1.b) – bringen wenig zusätzlichen Erkenntnisgewinn und sollten daher nicht fortgeführt werden. Sinnvoller sind zusätzliche Indikatoren, die beispielsweise stärker qualitative Aspekte zur Flächenentwicklung anzeigen (Beispiele: Ökosystemleistungen, Flächenzerschnitt, Erreichbarkeit von städtischen Naherholungsgebieten)
- Die Einführung eines Indikators und entsprechenden Ziels zur Entsiegelung von Fläche wird vorgeschlagen.
- Europa ist der Kontinent mit den größten Flächenimporten: 60 % der für den Konsum benötigten Flächen liegen außerhalb der EU. Durch eine zunehmende Umwandlung von Landwirtschaftlicher Fläche in SUV wird dieser Trend noch verstärkt. Um die internationale Dimension des Flächenverbrauches durch Deutschland darzustellen, könnte ein Indikator zum virtuellen Netto-Landhandel eingeführt werden.



Ko-Moderation:

DR. ANTJE SCHÖNWALD, Ressortleiterin nachhaltige Entwicklung, Europäische Akademie Otzenhausen, Geschäftsführerin der Landesarbeitsgruppe Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland der Akademie Raumforschung und Landesplanung

Leitfrage: In wie weit sind die Maßnahmen der Bundesregierung ausreichend, um eine Nachhaltige Entwicklung zum Oberthema bis 2030 zu erreichen? Welche zusätzlichen oder anderen Maßnahmen wären notwendig

- Fläche ist in der bisherigen Mittelzuweisung der Kommunen eine der Haupteinnahmequellen (u. a. Grundsteuer, Gewerbesteuer), so bestehen seitens der Kommunen große Anreize, Flächen in SUV umzuwandeln. Für eine Nachhaltige Flächenentwicklung braucht es daher dringend Maßnahmen seitens der Bundesregierung, die Mittelzuweisungen diesbezüglich anzupassen.
- Ebenso sollte die Bundesregierung interkommunale Kooperationen zum Beispiel bei der Entwicklung von Gewerbegebieten oder Wohngebieten fördern. Weiterhin braucht es finanzielle Anreize für Kommunen für Flächenrecycling, Brachflächennutzung und Entsiegelung. Auch flächensparendes und flexibleres (der Demographie angepasstes) Bauen sollte unterstützt werden.
- Weitere finanzielle Anreize setzen im Sinne einer nachhaltigen Flächenentwicklung die falschen Anreize: beispielsweise Entfernungspauschalen für Arbeitnehmer*innen
- Die internationale Dimension der Flächeninanspruchnahme kommt in den beschriebenen Maßnahmen der Bundesregierung nicht vor. Hier sollten Maßnahmen ergänzt werden.
- Die Möglichkeit des Flächenzertifikatehandels wird aus verschiedenen Gründen kontrovers diskutiert und seitens der Teilnehmenden nicht als wirkungsvolle Maßnahme gesehen.
- Eine stärkere Auflösung von Flächennutzungskategorien (in nur Wohn- oder Gewerbegebiete) kann den Druck auf die Fläche reduzieren. Hier ist mit der Einführung des „Urbanen Gebiets“ im § 6a der BauNVO ein wichtiger Schritt getan.



- Unternehmen sollten stärker dazu angehalten werden, weniger Flächen zu versiegeln (beispielsweise für Gewerbegebiete mehr Grünflächen vorsehen, weniger Parkraum für Autos bereithalten).
- Bürger*innen müssen für das Thema Flächenentwicklung stärker sensibilisiert werden.

Ko-Moderation:

MICHAEL ROTHKEGEL, Geschäftsführer des BUND Landesverband Hessen e.V.

Leitfrage: Welche Handlungsansätze bieten sich seitens der Zivilgesellschaft / nicht staatlicher Akteure an, um die Zielerreichung zu unterstützen?

- Eine effiziente Unterstützung seitens der Bundesregierung ist notwendig, damit die Zivilgesellschaft ihre Ideen und Aktivitäten zum nachhaltigen Flächenmanagement besser weiterverfolgen kann.
- Die Zivilgesellschaft kann gezielt bei der Entwicklung und Pflege innerstädtischer Grünflächen unterstützen.
- Zivilgesellschaft kann öffentlichen Druck für eine nachhaltige Flächenentwicklung erzeugen und durch Kampagnen auf die hohe Flächeninanspruchnahme beispielsweise durch Autos (Straßen und Parkraum) aufmerksam machen. Ebenso kann Zivilgesellschaft den Wert von Boden, flächensparendes Bauen, gemeinschaftliches Nutzen (z. B. Mehrgenerationenhäuser, Gemeinschaftsgärten) und die Notwendigkeit von Rückbau / Flächenentsiegelung thematisieren und dafür Bewusstsein schaffen, sowohl bei Bürger*innen als auch im politischen Diskurs.
- Zivilgesellschaftliches Engagement für eine nachhaltige Flächenentwicklung (auch grundsätzlich Stadtentwicklung) könnten durch eine Senkung der Hürden für Bürgerentscheide unterstützt werden. Ebenso braucht es auf kommunaler Ebene stärker partizipative Ansätze, um Zivilgesellschaft und Bürger*innen in Planungsprozesse (insbesondere bei der Ausweisung neuer Gewerbe- bzw. Wohngebiete) einzubeziehen.
- Kirchen müssen als Grundbesitzer und Verpächter stärker auf die Problematik der Flächenversiegelung und nachhaltigen Bodennutzung aufmerksam gemacht werden. In Pachtverträgen können beispielsweise bestimmte Nutzungen ausgeschlossen werden.

bRENNpunkt Konsum & Produktion

Wir sind herausgefordert heute so zu konsumieren und zu produzieren, dass die Bedürfnisse der derzeitigen und nachfolgenden Generation global befriedigt werden. Wie kann dies gelingen, ohne die Belastbarkeitsgrenzen der Erde zu überschreiten und gleichzeitig universelle Menschenrechte zu wahren? Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wird als zentrales Umsetzungstool für die SDGs in Deutschland verstanden. Im Workshop werden Anspruch und Realität abgeglichen und Empfehlungen für die Weiterentwicklung der DNHS formuliert.

Impuls:

DR. IMKE SCHMIDT, Projektmanagerin für nachhaltige Lebensstile, CSCP

Dr. Imke Schmidt nimmt in ihrem einführenden Referat die Unterziele des SDG 12 in den Blick und diskutiert in diesem Vortrag, inwieweit sich diese in den Maßnahmen der Bundesregierung im „Nationalen Programm für Nachhaltigen Konsum“ sowie in den Zielen und Indikatoren der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie abbilden. Es wird deutlich, dass der Konsum eines Durchschnittsbürgers oder Durchschnittsbürgerin die Kapazitäten der Erde bereits heute überschreitet und er aus eigenem Antrieb seine oder ihre Ökobilanz kaum auf ein tragbares Maß bringen kann. An dieser Stelle betont Dr. Schmidt, dass die Verantwortung nicht ausschließlich auf die Bürger*innen übertragen werden kann, sondern weiterhin Anstrengungen von Seiten der Wirtschaft und der Politik unternommen werden müssen.

Die **Schwerpunkte des SDG 12** und dessen Unterziele umfassen die Umsetzung des „Zehnjahres-Programmrahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster“¹ und darüber hinaus die Handlungsfelder Ressourcennutzung, Nahrungsmittelverschwendung und -verluste, Umgang mit Chemikalien, Verringerung der Abfallentstehung, Einführung einer Nachhaltigkeitsberichterstattung für größere Unternehmen, öffentliche Beschaffung, Bereitstellung der für Nachhaltigkeitsbewusstsein und eine nachhaltige Lebensweise erforderliche Informationen, wissenschaftliche und technologische Stärkung der Entwicklungsländer, Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus und die Abschaffung von ineffizienten Subventionen für fossile Brennstoffe.

Das **Nationale Programm für Nachhaltigen Konsum** umfasst Leitideen, Handlungsansätze und Bedürfnisfelder der Bürger*innen. Auch werden Erfolge aufgezeigt:

- wichtige Zielbereiche werden bereits adressiert: Produktion, Konsum und öffentliche Beschaffung
- Lebenszyklusperspektive: Produktion und Konsum werden gemeinsam betrachtet
- Systemsicht auf den Konsum (weg vom einzelnen Produkt)
- insgesamt besteht ein umfangreiches Nachhaltigkeitsprogramm, das an vielen Stellschrauben ansetzt (Bildung und Information, gesellschaftliche Diskussion, soziale Innovationen, Forschung...)
- Nachhaltige Berichterstattung durch Unternehmen wird verstärkt eingefordert

¹ Auf dem 2012 in Rio de Janeiro ausgetragenen Weltgipfel (Rio+20) wurde der 10-Jahres-Rahmen für Programme für nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen (10 YFP) beschlossen. Dieser soll auf globaler Ebene Konsum- und Produktionsweisen in Richtung mehr Nachhaltigkeit verändern. Zu diesem Zweck sind für den Zeitraum bis 2022 wichtige globale Programme als internationale Umsetzungsmaßnahmen beschlossen worden.

Die Fülle an Maßnahmen des Nationalen Programms für Nachhaltigen Konsum, um eine global Nachhaltige Entwicklung zu erreichen, sind jedoch nicht ausreichend, um die formulierten Ziele zu erreichen. Entsprechend des **2017-SDG-Index-and-Dashboards-Reports**² liegt Deutschland in den SDGs 12, 13 und 14 (Konsum und Produktion, Klimawandel und Leben unter Wasser) im „roten Bereich“.

Hier stellt sich die Frage, inwieweit die **Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie** nachhaltige Produktion und Konsum vorantreiben kann. Es wird deutlich, dass die drei gewählten Indikatoren der Strategie bei weitem nicht ausreichen, um das komplexe Handlungsfeld Konsum und Produktion umfassend abbilden zu können und es einer Revision der gewählten Indikatoren bedarf. Die insgesamt drei Indikatoren zielen auf die Steigerung des Marktanteils von Produkten mit staatlichem Umweltzeichen, der Verringerung des Energieverbrauchs und CO₂-Emissionen privater Haushalte, sowie auf die absolute Steigerung der Zahl der EMAS-Organisationsstandorte und deren Beschäftigte ab.

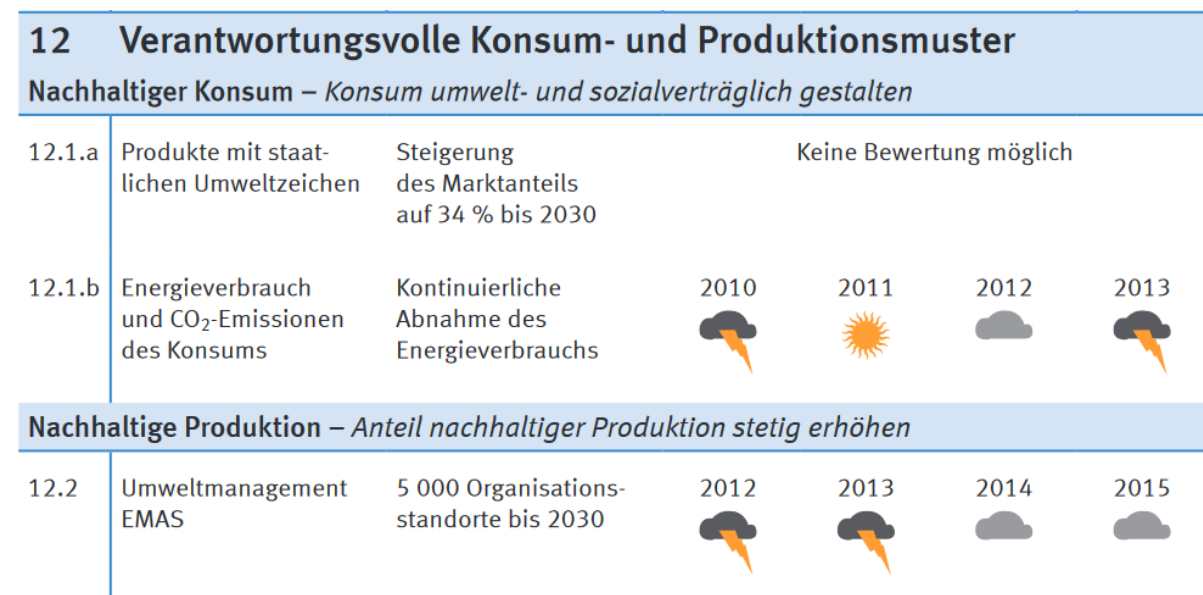


Abb 5: Auszug aus dem Indikatorenbericht 2016: Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Seite 128

Zusammenfassung der Diskussion / Ergebnisse World Café:

Ko-Moderation:

THOMAS PENSEL, Geschäftsführer der Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH, Konsortialpartner der RENN.west

Leitfrage: Inwieweit bilden die Ziele und Indikatoren der DNHS den notwendigen Zielkorridor ab, um eine Nachhaltige Entwicklung zum Oberthema bis 2030 zu erreichen? Wie können diese ggf. weiterentwickelt werden?

„Die Indikatoren sind nicht ausreichend, um die Vielfalt des Themas abzubilden. Die Indikatoren müssen ergänzt und mit verbindlichen Zielmarken versehen werden. Es werden insbesondere Indikatoren gebraucht um qualitative Prozesse innerhalb der produzierenden Unternehmen und deren Lieferketten zu messen.“

Betrachtung der Indikatoren:

² <http://sdgindex.org/assets/files/2017/2017-SDG-Index-and-Dashboards-Report--compact.pdf> [zuletzt abgerufen am 5.10.2017]

- Der Indikator „Marktanteil von Produkten mit staatlichen Umweltzeichen“ berücksichtigt Produkte mit folgende Umweltzeichen: EU-Ecolabel, EU-Bio-Siegel, Blauer Engel sowie die höchste Klasse des EU-Energieverbrauchskennzeichens (A). Seit Beginn der Datenerhebung (2012) zur Indikatorenentwicklung ist nur ein geringer Anstieg der entsprechend ausgezeichneten Produkte zu verzeichnen, so dass die Zielmarke (Marktanteil von 34% bis 2030) nur schwer erreicht werden kann. Der Indikator bezieht sich lediglich auf ausgewählte Produktgruppen. Nicht mitbedacht werden Produkte, die keines der Umweltzeichen tragen.
- Zu berücksichtigen ist, dass die Herstellung von Produkten mit Umweltzeichen, insbesondere dem Blauen Engel, für Unternehmen mit hohem Kostenaufwand (unter anderem beispielsweise durch Lizenzgebühren für das Siegel, Zertifizierungsaufwand) verbunden sind. Gleichzeitig ist jedoch die Nachfrage nach diesen Produkten nicht ausreichend hoch, um diese Kosten wieder zu decken. Statt den Blick auf die Umweltzeichen zu richten, wird von Unternehmensseite gefordert, eher qualitative Prozesse und Verbesserungen in der Unternehmensstruktur im Sinne eines integrierten Nachhaltigkeitsmanagements zu erheben.
- Der Indikator „Energieverbrauch und CO₂-Emissionen privater Haushalte“ wird maßgeblich durch Heizen (Isolierung von Häusern) und den Verbrauch von Kraftstoffen im Straßenverkehr bedingt. Die Daten dazu werden seit 2005 erhoben. Seit 2005 findet keine wesentliche Verbesserung der Werte statt. Hier wäre es wünschenswert, wenn nicht der Energieverbrauch privater Haushalte als Indikator gewählt worden wäre, da der Eindruck entsteht, dass die Verbraucher*innen für die Stagnation in der Entwicklung der Emissionen verantwortlich sind. Weiterhin ist fraglich, inwiefern eine effiziente, umweltschonende Isolierung älterer Gebäude gewährleistet werden kann. Für den Indikator ist bisher keine Zielmarke gesetzt.
- Die Daten zum Indikator „Umweltmanagement EMAS“ werden ebenfalls seit 2005 erhoben. Während die Anzahl der EMAS-Organisationsstandorte, also der Organisationen mit einer gültigen EMAS-Zertifizierung innerhalb von 10 Jahren nur minimal ansteigt (von 1958 auf 2031), nimmt die Anzahl der Beschäftigten in EMAS-Betrieben sogar ab. Eine Erreichung der Zielmarke (2030: 5000 Organisationsstandorte) ist bei gleichbleibendem Trend ausgeschlossen. Kritisiert wird, dass es sich bei EMAS um ein freiwilliges Instrument der EU handelt, und an dieser Stelle die Verbindlichkeit fehlt. Der Indikator sollte um eine CSR-Berichtspflicht erweitert werden, die für alle Unternehmen verbindlich ist.



Weitere Ergänzungen:

- Zahlreiche Handlungsfelder, die im Nationalen Programm für nachhaltigen Konsum adressiert werden, werden bisher noch nicht durch Indikatoren abgedeckt. Gegenwärtig werden weitere Indikatoren, die den Bereich Konsum und Produktion betreffen – wie z.B. vermeidbare Lebensmittelverluste und Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien für die öffentliche Beschaffung, geprüft. Wünschenswert wäre ein weiterer Indikator, der das Thema Müllproduktion adressiert.
- Insgesamt liegt der Schwerpunkt zu sehr auf Themen, die ökologische Belange berücksichtigen. Soziale Themen werden so gut wie gar nicht aufgegriffen und müssen in der nächsten Fortschreibung der DNHS dringend verankert werden!

Ko-Moderation:

DR. IMKE SCHMIDT, Projektmanagerin für nachhaltige Lebensstile, CSCP

Leitfrage: Inwieweit sind die Maßnahmen der Bundesregierung ausreichend, um eine Nachhaltige Entwicklung zum Oberthema bis 2030 zu erreichen? Welche zusätzlichen oder anderen Maßnahmen wären notwendig?

„Im Rahmen ressortübergreifender Commitments sollten Marktakteure zur Optimierung wesentlicher Prozesse verpflichtet werden. Dies soll entsprechend anerkannter Standards, wie z.B. dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex oder den Vorgaben der OECD, geschehen. Dafür ist eine ehrliche Bewertung notwendig. Eine ehrliche Bewertung bezieht sich auch auf eine positive Bewertung (und finanzielle Unterstützung) des zivilgesellschaftlichen Engagements für das Erreichen nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster.“

Weitere Nennungen:

- Der Aufwand für die Beantragung von Fördermitteln für Projekte zivilgesellschaftlicher Institutionen sollte geringer gehalten werden, da zu viele Kapazitäten für bürokratische Prozesse aufgewendet werden.
- Die Marktteilnehmer müssen zu Nachhaltigkeitsschritten verpflichtet werden. Hier wurde vor allem auch hervorgehoben, dass es gewisse (ethische) Grenzen geben muss. Derzeitige Herausforderung ist, dass engagierte Produzenten häufig einen Wettbewerbsnachteil erleiden (bspw. aufgrund höherer Produktionskosten).
- Preise müssen die wahren Kosten eines Produktes widerspiegeln (Externalisierung von Produktionskosten muss zukünftig unterbunden werden)
- Kommunikation zwischen Unternehmen und Konsument*innen muss verbessert werden, da z. B. die Nachhaltigkeitsberichte in der Regel nicht von Konsument*innen gelesen werden. Eine Möglichkeit wäre die Einführung einer „Nachhaltigkeit-Visitenkarte“, zu der jedes Unternehmen verpflichtet sein müsste und die mehr Transparenz schafft.
- Zur Bewusstseinsbildung sollte ein Schulfach „Hauswirtschaft“ (inkl. Konsum, Finanzen etc.) oder auch ein Hauswirtschafts-Führerschein eingeführt werden.

Leitfrage: Welche Handlungsansätze bieten sich seitens der Zivilgesellschaft / nicht staatlicher Akteure an, um die Zielerreichung zu unterstützen?

„Die Bundesregierung verstärkt ihre Bemühungen der Vernetzung von Akteuren auf lokaler und regionaler Ebene und setzt sich dafür ein, dass Unternehmenspolitik sozial verantwortlicher und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird (verbindliche Transparenz). Das Schulfach Globale Gerechtigkeit soll verpflichtend in den Lehrplan integriert werden.“

Im Workshop wurden Handlungsansätze nicht-staatlicher Akteure, die einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten, diskutiert und gesammelt. Eine Herausforderung war auch hier die Systematisierung der Ansätze aufgrund des breiten Akteurs- und Themenspektrums. Aus den genannten Handlungsansätzen ergab sich wiederum die Frage nach Bedarfen der Akteure und Maßnahmen der Bundesregierung, zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern und zu unterstützen.

Zu **nicht-staatlichen Akteuren** zählen u.a. Glaubensgemeinschaften, Transition-Towns, Lenkungskreise von Fairen Kommunen, die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke und das Promotor*innen-Programm, Einzelhandels-, Berufs- und Verbraucherverbände, Weltläden und Unternehmen.

Zu den **Handlungsansätzen nicht-staatlicher Akteure** zählen beispielsweise nachhaltige/konsumkritische Stadtführungen (z.B. green walkers), Kampagnen, Vernetzungsveranstaltungen, Unterschriftenaktionen für verbindliche Menschenrechte entlang der globalen Lieferkette durch Unternehmen, Demos, Informations- und Fortbildungsangebote, AGs, öko-soziale Beschaffung (Einwirken auf Ratsbeschlüsse gegen ausbeuterische Kinderarbeit, Forderungen nach einem öffentlichen Einkauf beispielsweise von sozial verantwortlich hergestellten Textilien), das Aktionsbündnis Fairer Handel, die Etablierung von Ernährungsräten, die Erarbeitung von lokalen Einkaufsführern mit fairen, biologisch erzeugten und saisonalen Produkten und Unternehmen sowie foodsharing.

Die Teilnehmenden gaben an, dass

- gerade lokale Aktivitäten zum „Anfassen“ und „Erleben“ mit diversen Zielgruppen stark dazu beitragen beispielsweise unfaire Handelsstrukturen zu erkennen,
- regionale Vernetzung bedeutsam sei, um gemeinsam an Themen zu arbeiten und diverse Akteure wie Kirchen, Weltläden, Umweltverbände und kleinere NGOs zusammenkommen,
- nicht-staatliche Akteure die Funktion der „watchdogs“ übernehmen: sie weisen auf unfaire Handelsbedingungen hin und fordern Politik und Wirtschaft zum Handeln auf.

bRENNpunkt Mobilität

Der Transformation im Bereich Mobilität kommt größte Bedeutung zu auf dem Weg zu einer dekarbonisierten Gesellschaft: Von einer Reduzierung der Individualmobilität (Suffizienz) über eine deutliche Steigerung des ÖPNV bis hin zu einer technologischen Revolution (Elektromobilität). Wie sehen aktuelle Strategien auf nationaler und Länderebene aus? Welchen Beitrag können Wissenschaft und Zivilgesellschaft leisten?

bRENNpunkt Mobilität in der DNHS:

Mobilität ist kein eigenes Kapitel in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Diese orientiert sich an den 17 Sustainable Development Goals der globalen Agenda 2030. In den Oberzielen 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ und 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“ werden Aussagen zum Thema getroffen.

Unter dem SDG 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ finden sich folgende zentrale Aussagen in der DNHS (DNHS, 2017, S. 156):

- die Bundesregierung setzt auf die Realisierung einer alltagstauglichen und ressourcenschonenden Infrastruktur
- Minderungen im Bereich Verkehr – derzeit verantwortlich für ein Fünftel aller CO₂-Emissionen in Deutschland – wesentlich für das Erreichen der Pariser Klimaziele (vgl. SDG 13).
- Grundlegende Neugestaltung der Mobilität erforderlich (Änderung des Nutzungsverhaltens, klugen Verzahnung der verschiedenen Verkehrssysteme, Einführung kohlenstoffarmer Treibstoffe, Entwicklung energieeffizienterer Antriebssysteme).
- Transformation des Verkehrssystems eine komplexe gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur gemeinsam von den zentralen Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gelöst werden kann.

Als Indikatoren mit Bezug zu Mobilität werden benannt:













11 Nachhaltige Städte und Gemeinden						
Flächeninanspruchnahme – Nachhaltige Flächennutzung						
11.1.a	Siedlungs- und Verkehrsfläche	Senkung des Anstieges auf unter 30 ha pro Tag bis 2030	2011 	2012 	2013 	2014 
11.2.a	Endenergieverbrauch im Güterverkehr	Senkung um 15 bis 20 % bis 2030	2011 	2012 	2013 	2014 
11.2.b	Endenergieverbrauch im Personenverkehr	Senkung um 15 bis 20 % bis 2030	2011 	2012 	2013 	2014 
11.2.c	Erreichbarkeit von Mittel- und Oberzentren	Verringerung der durchschnittlichen Reisezeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln	Keine Bewertung möglich			

Abb 6: Auszug aus dem Indikatorenbericht 2016: Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Seite 127

Abb 6: Auszug aus dem Indikatorenbericht 2016: Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Seite 127

- 11.1.a. Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche: Seit 2012 stiegen die Zuwächse an Verkehrsfläche wieder deutlich an. Im Jahr 2014 sind ca. ein Drittel Zunahme an Siedlungs- und Verkehrsfläche auf die Entwicklung der Versfläche zurückzuführen. Es ist jedoch kein explizites Ziel zur Reduzierung der Verkehrsfläche benannt.
- 11.2.a/b Endenergieverbrauch im Güterverkehr und im Personenverkehr: Der Endenergieverbrauch in der Güterbeförderung ist im Jahr 2014 gegenüber 2005 – entgegen der angestrebten Senkung der bisherigen Nachhaltigkeitsstrategie – um 7,2 Prozent angestiegen. Dieser starke Anstieg ist vor allem dem Gütertransport auf der Straße zuzuschreiben. Der Endenergieverbrauch im Straßengüterverkehr hat in diesem Zeitraum um 8,8 Prozent zugenommen, während bei der Bahn und der Binnenschifffahrt der Verbrauch deutlich reduziert wurde (-5,9 Prozent bzw. -12,7 Prozent). (DNHS 2017, S. 163) Im Zeitraum 2005 bis 2014 verringerte sich der Endenergieverbrauch in der Personenbeförderung insgesamt um 2,4 Prozent. (S. 164)
- 11.2.c Bevölkerungsgewichtete durchschnittliche ÖV-Reisezeit von jeder Haltestelle zum nächsten Mittel- / Oberzentrum: Der Indikator weist die bevölkerungsgewichtete durchschnittliche Reisezeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum nächsten Mittel- oder Oberzentrum aus.

Vorgeschlagene Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ziele sind hier:

- Im Rahmen des „Aktionsprogramms Klimaschutz 2020“ sowie des „Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz“: Stärkung der Verkehrsträger Wasserstraße und Schiene (inkl. einer zunehmenden Verlagerung von Güterverkehren auf die Schiene) sowie des öffentlichen Personennahverkehrs, verstärkte Förderung der Elektromobilität und des nicht-motorisierten Verkehrs, Maßnahmen im Bereich des Luft- und Seeverkehrs. (S. 165)
- Fortentwicklung der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung: Aufbau einer Tank- und Ladeinfrastruktur für alternative Kraftstoffe (Elektromobilität, Flüssigerdgas, Wasserstoff/Brennstoffzelle) (S. 165)

Unter dem SDG 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“ finden sich folgende zentrale Aussagen in der DNHS:

- Leitbild und Maßstab für die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung: Klimaschutzabkommen von Paris.
- Für erfolgreiche Klimapolitik müssen neben dem Energiesektor alle Handlungsfelder, wie Verkehr, Landwirtschaft, Gebäude, Industrie und Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (GHD) einbezogen werden (DNHS, 2017, S. 183)
- Im Verkehrsbereich soll der Endenergieverbrauch bis 2020 um rund zehn Prozent und bis 2050 um rund 40 Prozent gegenüber 2005 zurückgehen (DNHS, 2017, S. 182)
- Der Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung soll für den Transformationsprozess zum Erreichen der nationalen Klimaschutzziele inhaltliche Orientierung geben.“ (DNHS, 2017, S. 185)

Als Indikator mit Bezug zu Mobilität wird benannt:





13 Maßnahmen zum Klimaschutz						
Klimaschutz – Treibhausgase reduzieren						
13.1.a	Treibhausgasemissionen	Reduzierung um mindestens 40 % bis 2020, um mindestens 55 % bis 2030, um mindestens 70 % bis 2040 und um 80 bis 95 % bis 2050 jeweils gegenüber 1990	2012	2013	2014	2015
						

Abb 7: Auszug aus dem Indikatorenbericht 2016: Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Seite 128

- 13.1.a Treibhausgasemissionen (S. 184): Ziel der Bundesregierung ist es daher, bis zum Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen in Deutschland um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Ziele sind die Reduktion um mindestens 55 Prozent bis 2030, um mindestens 70 Prozent bis 2040 sowie um 80 bis 95 Prozent bis 2050 – jeweils gegenüber 1990. Bei Fortsetzung der Entwicklung der letzten fünf Jahre ist das Ziel für 2020 – eine Reduktion um 40 Prozent gegenüber 1990 – nicht absehbar.

Vorgeschlagene Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Ziele sind hier:

- Umfangreiches Maßnahmenpaket mit dem Aktionsprogramm Klimaschutz2020 sowie dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz Ende 2014 verabschiedet.
- Der Klimaschutzplan 2050 soll langfristige Strategien zur Emissionsreduktion aufzeigen.
- Für eine erfolgreiche Klimapolitik ist die Einbeziehung aller Handlungsfelder: Energiesektor, Verkehr, Landwirtschaft, Gebäude, Industrie und Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (GHD) notwendig (DNHS, 2017, S. 183)

Impuls:

PROF. DR. CHRISTIAN HOLZ-RAU, Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund, Abteilung Verkehrswesen und Verkehrsplanung

Was heißt Nachhaltigkeit im Verkehr? Prof. Holz-Rau beschrieb zunächst die Dimensionen: **Ökologie**: klimawirksame Emissionen; Schadstoffemissionen und -imissionen; Lärmemissionen und -imissionen; Flächenverbrauch und Zerschneidung; **Soziales**: Erreichbarkeit und Teilhabe für alle; Verkehrssicherheit; Gesundheit; Verteilungsgerechtigkeit bei negativen Folgen; **Ökonomie**: Verkehrskosten; Zuverlässigkeit; Geschwindigkeit und dann noch die Automobilindustrie als eine bisher wichtige Säule der deutschen Wirtschaft.

Nach dem Bundesverkehrswegeplan wird die Verkehrsnachfrage bis 2030 um 12,2 % zunehmen – dies insbesondere im Luftverkehr und dem motorisierten Individualverkehr. Da für den Luftverkehr bisher keine alternativen Antriebe bekannt sind, ist der Hebel beim Individualverkehr anzusetzen. Folgende Maßnahmen können vom **Bund** ergriffen:

- Verschärfung von Schadstoff- und Verbrauchsgrenzwerten;
- Tempolimits insbesondere auf Autobahnen;
- Blaue Plakette und/oder Maut bzw. CO₂-Kompensation

Die **Bundesländer** können folgende Maßnahmen ergreifen:

- Rahmensetzungen für die kommunale Verkehrsplanung
- ÖPNV-Förderung, vor allem im SPNV
- Förderung des Rad- und Fußverkehrs
- Änderung der Bauordnung

Kommunen können in folgenden Bereichen steuern:

- Barrierefreiheit
- Verbesserungen für den Fuß-, Rad- und öffentl. Verkehr
- Alternativen zum privaten Pkw
- Integrierte Stadt- und Verkehrskonzepte

Zusammenfassung der Diskussion / Ergebnisse World Cafés:

Ko-Moderation:

BJÖRN AHAUS, Kulturwissenschaftliches Institut Essen

Leitfrage: Inwieweit bilden die Ziele und Indikatoren der DNHS den notwendigen Zielkorridor ab, um eine Nachhaltige Entwicklung zum Oberthema bis 2030 zu erreichen? Wie können diese ggf. weiterentwickelt werden?

Die Ziele und Indikatoren sind zu unspezifisch und befassen sich nahezu ausschließlich mit statistisch messbaren Größen.

Wer eine Transformation des Mobilitätssektors erreichen möchte, muss diesen auch auf kultureller und mentaler Ebene befördern. Die Fixierung auf technische Lösungen reicht nicht aus. Daher wird vorgeschlagen, die Ziele und Indikatoren zu ergänzen:

- Reduktion des motorisierten Verkehrs
- Vereinbarkeit von Leben, Arbeiten und Wohnen fördern
- Umweltkosten des Verkehrs internalisieren
- Umstieg auf Fuß-Verkehr, Pedelec, Car-Sharing und Elektromobilität massiv fördern
- Unterschiede zwischen Ballungszentren und dem ländlichen Raum systematisch berücksichtigen
- Motorisierter Individualverkehr muss zur Ausnahme werden



Ko-Moderation:

MICHAEL MÜLLER, Umwelt-Campus Birkenfeld, Institut für angewandtes Stoffstrommanagement

Leitfrage: Inwieweit sind die Maßnahmen der Bundesregierung ausreichend, um eine Nachhaltige Entwicklung zum Oberthema bis 2030 zu erreichen? Welche zusätzlichen oder anderen Maßnahmen wären notwendig?

Die bisherigen Maßnahmen reichen definitiv nicht aus. Folgende Ergänzungen werden vorgeschlagen:

- Es sollen mehr Angebote geschaffen werden für einen Mobilitätsmix - v.a. Radwege ausbauen (z.B. hohes Steigerungspotenzial via Pedelec für den Weg zur Arbeit).

- Der "Dreiklang Privathaushalte" zwischen Effizienzhaus, E-Auto und Speichertechnologie (in Verbindung mit Dach-PV) soll gefördert werden. Zukünftig sollten Förderprogramme diesen Dreiklang berücksichtigen (Förder-)Anreize für die beiden anderen Themen geschaffen werden.
- Diskutiert wurden die Auswirkungen autonomen Fahrens. Derzeit ist noch nicht abzuschätzen, inwieweit autonomes Fahren zu mehr oder weniger Verkehr führt. Chancen der neuen Technologie sollten für eine Transformation des Verkehrswesens genutzt werden.
- CarSharing im ländlichen Raum organisieren (z.B. bei Mietergemeinschaften - Kontext "Wohnungsbaugesellschaften")
- Verkehrsverhalten durch Reglementierung steuern (Anm. des Moderators: eine sehr schwierige Diskussion, die sich nicht so einfach kurz wiedergeben lässt - zu betonen ist, dass der Begriff "Reglementierung" bewusst gewählt wurde, da nur so eine Verhaltensänderung zu erreichen möglich scheint)
- Notwendig erscheint die Standardisierung der Buchungsvorgänge an den Ladesäulen für E-Fahrzeuge (Vereinheitlichung bei Ladekabel / -stecker weniger bedeutsam, da über die Ladesäulenverordnung bereits große Fortschritte erfolgt sind).



Ko-Moderation:

JOHANNES AUGE, Geschäftsführer von B.A.U.M.

Leitfrage: Welche Handlungsansätze bieten sich seitens der Zivilgesellschaft / nicht staatlicher Akteure an, um die Zielerreichung zu unterstützen?

- Unterstützung seitens der Firmen und Betriebe sollte besonders im Fokus stehen, da durch den Komplex „Arbeit“ erhebliche Mobilität verursacht wird.
- Firmen können durch Jobtickets und systematische Verkleinerung des eigenen Parkraumes Kosten senken und die Mobilität von Mitarbeitern steuern.
- In den Ballungszentren verursacht stehender Verkehr erhebliche ökonomische und Gesundheitskosten. Diese zu minimieren betrifft auch die Fürsorgepflicht von Betrieben gegenüber Mitarbeitenden.
- Zivilgesellschaft umfasst daneben natürlich auch Initiativen, die Verkehrsmittel teilen wollen (Stichwort Car-Sharing) und solche, die Verkehr insbesondere in Städten entmotorisieren möchten. Diese müssen insbesondere von der Kommunalpolitik unterstützt werden.

Zusammenfassen der Arbeitsergebnisse aus den Workshops & Abschluss

Nachdem die Workshop-Moderator*innen die zentralen Diskussionspunkte und Ergebnisse ihrer jeweiligen Workshops vorgestellt haben, haben die Teilnehmenden im Publikum noch die Möglichkeit, Anmerkungen hierzu zu ergänzen.

Zum Workshop Bildung ergänzt eine Workshop-Teilnehmerin, dass in ihren Augen die Erreichbarkeit der Zivilgesellschaft davon abhängig sei, dass Inhalte zum Thema Bildung und BNE zukünftig schneller aktualisiert würden. Vieles hänge ihrer Meinung nach oft hinterher und man müsse die Verfügbarkeit der Materialien künftig schneller gewährleisten.

Auch zum Workshop Fläche gibt es einige Ergänzungen aus dem Publikum. Eine Teilnehmerin des Workshops bringt ihre Vision zu einer möglichen Instanz ein, die vergleichbar zum Gerichtshof für Menschenrechte, die Umsetzung der Agenda 2030 überwache, rechtlich absichere und notfalls einklage.

Die Impulsgeberin aus dem Workshop, Dr. Andrea Dittrich-Wesbuer, ergänzt zu den vorgestellten Inhalten, dass die „Netto-Null“ als wünschenswertes Maß für eine Flächenneuversiegelung keine wissenschaftlich fundierte Maßzahl sei. Es müsse diskutiert werden, dass langfristig auch ein „Minusziel“ in Betracht gezogen werden müsse, welches mit einer Entsiegelung von Flächen einherginge.



Ergänzend zu den Ergebnissen aus dem Workshop Konsum und Produktion kommt aus den Reihen des Publikums eine Ergänzung zum Thema Verbraucherbildung. Kurz vorgestellt wird das Bündnis für Verbraucherbildung, welches von der Deutschen Stiftung Verbraucherschutz initiiert wurde und die Konsum- und Alltagskompetenzen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen fördern soll. Das Bündnis unterstützt die Kultusministerkonferenz sowie die Verbraucherministerkonferenz bei der Integration des Themas Verbraucherbildung in den Lehrplänen. Dies sei schon ein guter Schritt, doch in diesem Bereich könne noch deutlich mehr unternommen werden.

Zudem kommt als weitere Anmerkung von einer Vertreterin der Verbraucherzentrale noch der Wunsch nach einem besseren Angebot für nachhaltige Produkte auf dem Markt.

Rege Anmerkungen gibt es auch zum Workshop Mobilität. Hier wird unter anderem betont, dass man der Wissenschaft als politikberatende Rolle eine größere Bedeutung zukommen lassen sollte. Beispielsweise könnten Universitäten dazu angeregt werden, eine Bewertung der erwartenden Maßnahmen in

ihren positiven und negativen Auswirkungen und Synergien vorzunehmen und die Ergebnisse in den Kommunikationsprozess mit der Zivilgesellschaft und den Planern mit einzubringen.

Johannes Auge, einer der Ko-Moderatoren des World Cafés zu Mobilität, gibt zusätzlich die Anregung, mehr Vergleiche zwischen Ländern und Kommunen zu ziehen. Es gäbe zahlreiche Mechanismen, die Mobilität zu gestalten, wie z.B. die Einführung von Jobtickets. Hier sollten alle Länder und Kommunen prüfen, wie sie eine nachhaltige Mobilität jeweils noch mehr fördern könnten. Zudem wies er auf das Programm „Mobil gewinnt“ hin, welches von Kommunen und Unternehmen als kostenfreie Beratung genutzt werden könne, um sich zum Thema nachhaltige Mobilität zu informieren.

Auch das Thema Elektromobilität wird in der Diskussion nochmal aufgegriffen. Hier kommt aus dem Publikum der Wunsch, dass der Zugang zu Ladestationen für Elektroautos erleichtert werden müsse.

Außerdem wird betont, dass nachhaltige Mobilitätsangebote künftig attraktiver gestaltet werden müssen. Die Mobilitätskultur sei oftmals ritualisiert und es müsse etwas in den Köpfen der Menschen verändert werden. Hierzu benötige die Bundesregierung intensivere Beratungs- und Werbemaßnahmen.



Dr. Klaus Reuter (Geschäftsführer der LAG 21 NRW für RENN.west) greift in seinem Schlusswort zur ersten Jahrestagung der RENN.west nochmal zwei ihm besonders wichtige Punkte auf. Zum einen sei er selbst manchmal verblüfft darüber, was in einigen Städten im Bereich Nachhaltigkeit alles möglich sei und benennt hier Kopenhagen als herausragenden Vorreiter. Beispiele aus solchen Städten können seiner Meinung kommunalpolitische Diskussionen in Deutschland sehr bereichern.

Als zweiten Punkt betont er nochmal, wie wichtig die Beteiligung von Wissenschaft an Entscheidungsprozessen ist, damit man schneller eine Umsetzung der gesetzten Ziele erreicht.

Im Anschluss bedankt er sich bei allen Teilnehmer*innen der Tagung und stellt fest, dass das Konzept und der Wunsch, verschiedene Gruppen zusammenzubringen und eine große Heterogenität der Teilnehmer*innen zu haben, aufgegangen sei. Er lädt alle Interessierten dazu ein, RENN.west bzw. die landesspezifischen Netzwerke weiterhin zu begleiten.

Im Anschluss richtet Dr. Reuter seinen Dank speziell nochmal an alle Referent*innen, Kolleg*innen von RENN.west und die Moderatorin der Veranstaltung, Dr. Hannah Büttner. Die Workshops haben dazu geführt, dass RENN.west viele neue Impulse für die Weiterarbeit bekommen hat.

Impressum:

Dokumentation: RENN.west ARENA 2017 – Zielmarke 2030 – Mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie jetzt die Richtigen Weichen stellen, 2017

Herausgeber:

**Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.
(Träger RENN.west)**
Deutsche Straße 10
44339 Dortmund
Internet: www.lag21.de

**Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umwelt-
bildung Hessen e.V.**
Kasseler Str. 1a
60486 Frankfurt/Main
Internet: www.umweltbildung.de

Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH
Trippstadter Straße 122
67663 Kaiserslautern
Internet: www.energieagentur.rlp.de

**Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk
Rheinland-Pfalz ELAN e.V.**
Frauenlobstr. 15-19
55118 Mainz
Internet: www.elan-rlp.de

Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH
Europahausstraße 35
66620 Nonnweiler
Internet: www.eao-otzenhausen.de

Germanwatch e.V.
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
Internet: www.germanwatch.org

**Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule
Trier**
Postfach 1380
55761 Birkenfeld
Internet: www.umwelt-campus.de

Redaktion:

Daniela Baum (Germanwatch e.V.), Jennifer Gatzke (Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Hessen e.V.), Marie Halbach (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.), Michael Matern (Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule Trier), Sarah Muntschick (Entwicklungspolitisches Netzwerk Rheinland-Pfalz e.V.), Riccarda Wolter (Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Hessen e.V.)

Kontakt:

Projektbüro RENN.west
Marie Halbach
The Square
Fritz-Schäffer-Str. 26
53113 Bonn
+49 (0) 228 - 20717650
west@renn-netzwerk.de
www.renn-netzwerk.de/west

Die Regionale Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West (RENN.west) ist ein Netzwerk aus Nachhaltigkeitsakteuren in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, das Ende 2016 mit der Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zusammen mit drei weiteren regionalen Netzwerken gegründet wurde. Ziel der RENN.west ist es, zum Wissensaustausch anzuregen, gute Lösungsansätze zu verbreiten und die politischen Rahmenbedingungen für eine Nachhaltige Entwicklung Deutschlands weiterzuentwickeln.

